

Pressemitteilung

22.09.2023

Aktuelle Wolfszahlen an die EU melden

DBV und DJV fordern Bundesumweltministerium auf, die Blockadehaltung aufzugeben

(DBV) Die Überprüfung des Schutzstatus braucht Offenlegung aller Daten zum Wolf. „Eine kritische Überprüfung des Schutzstatus und ein aktives Bestandsmanagement in Europa dürfen nicht weiter durch Deutschland blockiert werden“, erklären Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und Olaf Niestroj, Geschäftsführer des Deutschen Jagdverbandes (DJV). Die EU-Kommission fordert Mitgliedsländer, Kommunen, Wissenschaft und alle am Thema Interessierten auf, bis heute aktuelle Daten über die wachsenden Wolfspopulationen und die Folgen zu melden. Nicht akzeptabel sei die Verweigerungshaltung des Bundesumweltministeriums, das lediglich auf eine turnusmäßige Meldung der Anzahl von Rudeln an die EU-Kommission verweist: Die aktuellsten Zahlen stammen aus dem Jahr 2017 – gemeldet 2019. Die nächste Meldung ist erst für 2025 geplant. DBV und DJV kritisieren die Verschleppungsstrategie scharf und fordern das Ministerium auf, noch heute aktuelle Zahlen an die EU-Kommission zu melden.

Auf Grundlage der aktuell erhobenen Daten will die EU-Kommission über einen Vorschlag entscheiden, gegebenenfalls den Status des Wolfsschutzes in der EU zu ändern und den Rechtsrahmen zu aktualisieren – „für mehr Flexibilität im Zusammenhang mit dem Umgang mit wachsenden Populationen dieser Spezies“. Die vorliegenden Daten erlaubten der EU-Kommission nach eigenen Worten immer noch kein vollständiges Lagebild, das ausreichen würde, um weitere Maßnahmen in Gang zu bringen.

DBV und DJV fordern das Bundesumweltministerium auf, der EU-Kommission umgehend alle vorliegenden Daten zu Beständen des Wolfs, den Folgen seiner exponentiellen Ausbreitung für Weidetierhaltung und Naturschutz, zum Rissgeschehen sowie zu Kosten für Herdenschutz und Rissentschädigungen zu übermitteln. Zusätzlich müssen Daten zur Akzeptanz des Wolfs bei Landnutzern und Bürgern im ländlichen Raum, Statistiken über Entnahmegenehmigungen von übergriffigen Wölfen und Gründe für das Scheitern von Entnahmegenehmigungen offengelegt werden.

DBV und DJV haben keinen Zweifel daran, dass die in dieser Woche zusammengetragenen Wolfsdaten aus den Bundesländern ausreichend sind, damit die Bundesregierung den günstigen Erhaltungszustand nach Brüssel melden kann. Zur Versachlichung der Diskussion halten es die beiden Verbände für sinnvoll, dass das Bundesumweltministerium diese Daten zeitnah veröffentlicht.

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Twitter	@Bauern_Verband
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern